



Bankenaufsicht

Wer Recht hat, hat Recht

Als Jochen Sanio, der Präsident der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, anlässlich des Fallissements der IKB vor gut zwei Monaten die Möglichkeit einer Bankenkrise historischen Ausmaßes ausdrückte, haben ihn manche darob sehr beschimpft. Es handele sich hier doch keinesfalls um eine weltumspannende Systemkrise, sondern nur um eine selbstverschuldete Institutskrise. Begrenzt, beherrschbar. Es sei deshalb auch völlig übertrieben gewesen, gleich die gesamte deutsche Kreditwirtschaft zur Hilfe aufzurufen. Denn die paar fehlenden Liquiditätsmilliarden des unglücklichen Düsseldorfer Hauses hätte doch die Konzernmutter KfW ohne Weiteres aus eigenen Mitteln einschließen können, noch dazu mit der ganzen Bundesrepublik Deutschland als Haupteigentümer.

Und, so wird kritisch fortgefahren, ohne das Geschrei der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht in der Öffentlichkeit hätten beispielsweise Herr Ackermann und Frau Matthäus-Meier nur eben mal miteinander telefonieren müssen, zwecks unverzüglicher Bereinigung. Schließlich und vor allem jedoch habe erst Jochen Sanios unangemessene Lautstärke die Medien aufgeschreckt, habe die schlimmen Schlagzeilen zum „Vertrauensverlust“ provoziert.

Die Kritik am Amt und seiner Hauptperson ist falsch. Ohne das BaFin-Aufsehen wäre die interne wie externe Aufmerksamkeit höchstwahrscheinlich sehr viel geringer ausgefallen und die nationale Überraschung über das Ausmaß der Auswirkungen einer internationalen Systemkrise auf die Bundesrepublik sehr viel größer geworden. Denn in welchem Umfang sich Kreditinstitute in aller Welt vom Kreditgeschäft und vom Bankgeschäft weg und hin zur Spekulation mit höchst volatilen „Werten“ bewegt haben, das ist hierzulande erst durch Jochen Sanio in die ernsthafte Recherche gelangt.

Die Bankenkrise der Jahre um 1930 hatte gewiss andere Ursachen als die Turbulenzen heute. Aber: Damals wie heute bezog sich der Vertrauensverlust nicht allein auf Einzelfälle. Sondern „man“ bezweifelte die Funktionsfähigkeit – also die Vertrauenswürdigkeit – der Institution Bank an sich. Das „ganze System“ ist damals wie heute in Misskredit geraten.

Und wenn nun in Deutschland bei der IKB Deutsche Industriebank wie auch bei der Sachsen-LB nicht beide Male der Staat als zu allerletzt zahlungsfähige Instanz im öffentlichen Bewusstsein gestanden hätte, wenn in Großbritannien bei Northern Rock nicht der Staat die Einlagen garantiert und in New York nicht die Notenbank des Staates als Lender of Last Resort ausgeholfen hätten – wie lang wären die Menschenschlangen an allen Schaltern dann wohl geworden? Deshalb verdient Jochen Sanio umso mehr Anerkennung, je länger die Märkte wackeln: Sein „Nehmt's-bitte-ernst“ war gut.

Die Bankenaufsicht und besonders die BaFin sollen umgebaut werden. Wer die jetzige Führung nicht leiden mag, und das sind einige im Lande, verspricht sich vor allem von einem Vorstandsmodell für die Aufsicht eine größere Meinungsbreite. Richtig daran ist, dass die Ersten Direktoren der Säulen in der heutigen Struktur zumindest nach außen etwas zu ohnmächtig sind. Aber gerade bei vollem Ernst wird eine künftige BaFin so wenig vielschichtig „öffentlich auftreten“ können, wie die Bundesbank. Auch dort spricht dann – der Präsident. K.O.

Aktienmärkte

Berg und Tal

„Sell in may and go away“, so heißt eine der ältesten Börsenweisheiten der Welt. Man darf jedem (ehemaligen) Besitzer deutscher Bankaktien gratulieren, wenn er sich auch 2007 an diese Regel gehalten hat. Warum? Weil selten an der Börse ein Rat wertvoller gewesen ist, als dieser. Postbank, Commerzbank, Deutsche Bank – allesamt hatten die Papiere dieser Institute zu Beginn des Wonnemonats ihren Jahreshöchststand. Und für allesamt ging es seitdem im Zuge der um sich greifenden Verunsicherung an den Märkten in Zusammenhang mit der US-amerikanischen Subprime-Krise heftig und derb bergab. Die Deutsche Bank verlor in der Spitze bis Mitte September zirka ein Viertel ihres Wertes, bevor es in den letzten Tagen wieder ein wenig bergauf ging. Gleiches gilt für Commerzbank-Aktien, die sogar rund 28 Prozent einbüßten. Am schlimmsten erwischte es die Postbank. Ihr Kurs verlor etwa 33 Prozent und sank damit erstmals unter die psychologisch wichtige Marke von 50 Euro.

Das alles lässt sich mit der allgemeinen Subprime-Hysterie nicht mehr begründen. Denn die Postbank hat kein Conduit. Anfängliche Missverständnisse über ein 600-Millionen-Euro-Engagement im Rhineland-Fund der IKB wurden inzwischen geklärt und erklärt. Das Bonner Institut hat das ganze Volumen bei den ersten Anzeichen der IKB-Schieflage komplett auf die eigene Bilanz genommen und muss diese Summe keineswegs voll abschreiben. Die Verantwortlichen rechnen mit Belastungen von rund 40 Millionen im schlimmsten und einem niedrigen einstelligen Millionenbetrag im besten Fall.

Geschichten über Leerverkäufe im großen Stil, bei denen clevere Händler geliehene Aktien zu einem früheren Zeitpunkt verkauft haben, sich nun möglichst billig wieder eindecken wollen und so den Kurs durch Streuen von Gerüchten nach unten treiben, machen derzeit genauso die Runde, wie Spekulationen über ein „Sturmreif-Schießen“ der Postbank. Post-Chef Klaus Zumwinkel folgt kommendes Jahr seinem Postbank-Kollegen Wulf von Schimmelmann in den Ruhestand. Damit gibt es die alte, stabile Achse Post-Postbank nicht mehr. Ob die neuen Verantwortlichen bei der Post an dem 51-Prozent-Paket an der Bank festhalten, gilt zumindest als fraglich. Da mag es schon sein, dass sich hier einige Interessenten in Stellung bringen und die Postbank so billig wie möglich machen wollen. Aber es gehören immer zwei dazu, diejenigen, die verkaufen und diejenigen, die kaufen. Derzeit überwiegen aber ganz eindeutig die Verkäufer, von „eindecken“ keine



Spur, was auch mit einem nachlassenden Vertrauen in die Postbank-Zukunft begründet werden könnte. Wahrlich kein schöner Start für den neuen Vorstandschef Wolfgang Klein.

Panik ist angesichts dieser Entwicklungen bei allen deutschen Instituten nicht nötig. Durch die Verluste der vergangenen Monate liegen die Kurse keineswegs auf historischen Tiefständen, sondern haben lediglich das Niveau von vor einem Jahr erreicht. Mit Blick auf die übergroße Nervosität darf man da nur hoffen, dass nicht doch noch Subprime-Unglücke im größeren Ausmaß zu Tage treten und die Kommunikation so offen und ehrlich wie möglich gewesen ist, damit uns Bilder wie in England erspart bleiben. Vielleicht erinnert sich mancher dann noch schnell an den zweiten Teil der erwähnten Börsenweisheit: „... but remember to come back in September!“ Wem das zu knapp und optimistisch erscheint, für den ist an der Frankfurter Börse auf schönstem Hesisch schon weitergedichtet worden. „Ist der Monat aach en toder, kommste dann halt im Oktober!“

Sparkassenorganisation

Verbund-Clearing: Sacharbeit in NRW

Weshalb gibt es in Nordrhein-Westfalen überhaupt noch zwei Sparkassenverbände? Allen Anzeichen nach rückt die dortige Sparkassenseite bei der Restgestaltung der Novelle des Sparkassengesetzes und bei der Suche nach einer neuen Sinnggebung für die WestLB viel näher zusammen, als man das in der Vergangenheit gewohnt war. Längst hat die drohende Sparkassengesetzgebung aus Düsseldorf den RSGV und den WLSGV in ihrer ablehnenden Haltung zur vorgesehenen Bildung von Trägerkapital zusammenfinden lassen. Während der Prüfung der Optionen für die WestLB haben beide Verbandsversammlungen dann Ende August einem Zusammenschluss ihrer WestLB mit der Stuttgarter LBBW einen klaren Vorrang vor einer drohenden „angeordneten vertikalen Verknüpfung“ eingeräumt. Und knapp drei Wochen später beschließen sie die umgehende Gründung der S-Verbund-Clearing NRW GmbH, mit der die beiden S-Verbände zusammen mit der WestLB einen „vorbildlichen und hoch effizienten Verbund“ schließen wollen – und zwar auf „freiwilliger Basis“.

Was beim Verbund-Clearing auf der Agenda steht und mit den harmlos klingenden Schlagworten Clearingstelle für die Verbundgeschäfte, Geschäftsstelle für den Verbundbeirat, Definition einheitlicher Risikostandards, Risikomonitoring zur Schaffung einer Gesamttransparenz NRW und nicht zuletzt Verbundrechnungslegung skizziert wird, erinnert in weiten Teilen an das hessisch/thüringische Verbundmodell, dessen Verbindlichkeit den auf Unabhängigkeit bedachten Sparkassen in Nordrhein-Westfalen bisher überhaupt nicht genehm war. Man darf deshalb gespannt sein, wie im Zuge einer Umsetzung mit den Aspekten der Verbindlichkeit einer Leistungsabnahme vom Zentralinstitut und dem Risikoverbund umgegangen wird. Den Ratingagenturen hingegen würde das Modell bestimmt gefallen. Es gibt für die Sparkassen im Rheinland offensichtlich immer noch wesentlich schlimmere Dinge als die schwer zu ertragende Interessengleichheit mit den Kollegen in Westfalen-Lippe – und umgekehrt. Beide wollen offenbar

jeden verordneten Anflug einer vertikalen Integration unbedingt vermeiden.

Dass die Landesanteile der WestLB an einen privaten Investor gehen könnten, ist zwar ebenfalls nicht im Sinne der beiden Verbände. Doch für die Lösung dieser Problemstellung gibt es selbst im schlimmsten aller Fälle wenigstens noch einen Zeitpuffer. Denn den Sparkassenverbänden ist bekanntlich zunächst gemeinsam und dann einzeln ein Vorkaufsrecht zum Erwerb der Landesanteile eingeräumt. Erst wenn das Land sich mit einem privaten Käufer auf einen Preis geeinigt hat, wäre die Sparkassenseite wieder zur Entscheidung aufgerufen. Ob dann wieder gemeinschaftlich?

Bankstellen

Konsolidierung innerhalb der Gruppen

Mit Blick auf ihre drei festen Säulen mag man der Struktur der deutschen Bankenszene unbestritten ein großes Beharrungsvermögen nachsagen. Dass sich in Sachen Konsolidierung hierzulande gar nichts bewegt, kann man aber auch nicht behaupten. Denn mit gut 37 Prozent ist die Zahl der inländischen Kreditinstitute im vergangenen Jahrzehnt doch drastisch geschrumpft. Die Anfang September veröffentlichte Statistik der Bundesbank registriert zum Jahresende 2006 noch 2 301 Institute. Davon entfallen 360 oder 15,64 Prozent auf die Kreditbanken, 457 oder 19,86 Prozent auf die Sparkassen und 1 259 oder 54,71 Prozent auf Kreditgenossenschaften (einschließlich der 32 sonstigen dem BVR angeschlossenen Institute). Zum Vergleich: Vor zehn Jahren waren von den seinerzeit 3 675 Instituten 326 (oder 8,87 Prozent) den Kreditbanken, 607 (oder 16,51 Prozent) den Sparkassen und 2 506 (oder 68,19 Prozent) den Kreditgenossenschaften zuzurechnen.

Noch stärker sind zwischen Ende 1996 und 2006 die Zweigstellen zurückgeführt worden. 40 332 Filialen per Jahresende 2006 bedeuten einen Rückgang von 39,5 Prozent. Interessant waren dabei im Berichtsjahr 2006 die Bewegungen innerhalb der Bankengruppen, denn bei den Geschäftsstellen haben nicht etwa die Sparkassen oder die Kreditgenossenschaften den größten Abbau zu verzeichnen, sondern die Großbanken, genauer gesagt die Postbank. Deren Rückzug aus rund 2 500 Postagenturen ist maßgeblich für den Abbau der Zweigstellen um 22,4 Prozent auf 8 879 im Großbankensektor. Ohne diese Einbeziehung der Zweigstellen der Postbank fiel die Gesamtzahl der Zweigstellen im Berichtsjahr um 3,5 Prozent.

Per Ende vergangenen Jahres registriert die Bundesbankstatistik damit für die Gruppe der Kreditbanken 11 578 Zweigstellen beziehungsweise einen Anteil von 28,7 Prozent, für die Sparkassen 13 756 Zweigstellen oder 34,1 Prozent und für die Kreditgenossenschaften 12 583 Zweigstellen oder 31,2 Prozent. Dass der Anteil der Kreditbanken und seit 1995 sogar der Großbanken so dicht an die Sparkassen und Genossenschaftsbanken heranreicht, liegt ausschließlich an der Einbeziehung der Postbank, die seit 2005 in der Bankenstatistik den Großbanken zugerechnet wird. Schlägt man die Postbank schon rückwirkend dieser Gruppe zu, weisen nicht mehr die Sparkassen per Jahresende 1996 das dichteste Ver-

triebsnetz aus, sondern von den seinerzeit 66 663 Zweigstellen entfallen 26 199 oder gut 39 Prozent auf die Kreditbanken. Die Sparkassen kommen dieser Rechnung nach im Jahre 1996 mit ihren damals noch 18 895 Zweigstellen auf einen Anteil von 28,34 Prozent und die Kreditgenossenschaften mit 16 977 Filialen auf 25,5 Prozent.

Über die im eigenen Haus ermittelte Zahl der Bankstellen hinaus, vergleicht die Bundesbank die deutsche Bankenstruktur auch anhand verschiedener Sekundäruntersuchungen im europäischen Rahmen. Sowohl die These einer zu starken Fragmentierung des hiesigen Bankensystems als auch den Vorwurf einer unzureichenden Konsolidierung hält sie demnach nicht für stichhaltig. Denn zum einen weicht das durchschnittliche Bilanzvolumen der deutschen Kreditinstitute mit 3,1 Milliarden Euro kaum vom europäischen Niveau von 3,2 Milliarden Euro ab. Und zum anderen ist die Zahl der Kreditinstitute hierzulande keinesfalls weniger stark zurückgegangen als in anderen europäischen Ländern. In den EU-15-Staaten, so der Verweis auf einen Vergleich des DIW, gibt es im Zeitraum von 1997 bis 2004 knapp ein Viertel weniger an Banken, während der Rückgang in Deutschland mehr als ein Drittel betrug (minus 37,2 Prozent). Dabei hat sich die durchschnittliche Bilanzsumme in Deutschland mit plus 119,2 Prozent stärker erhöht als in den anderen europäischen Ländern (113,9 Prozent).

Mit Blick auf eine neue Untersuchung zum Konzentrationsgrad des europäischen Bankenmarktes verweist die Bundesbank auf den Zusammenhang zwischen der Zahl der Kreditinstitute und der Bilanzsumme. Demnach vereinigt der öffentlich-rechtliche Sektor in Deutschland 34,5 Prozent der Institute auf sich und kommt auf 35,8 Prozent der Bilanzsumme. Genossenschaftliche Institute repräsentieren der Anzahl nach 32,5 Prozent, aber lediglich 11,5 Prozent der Bilanzsumme. Und die Kreditbanken stellen 28 Prozent der Institute und 26,8 Prozent der gesamten Bankaktiva. In anderen europäischen Ländern, speziell in Frankreich (dem Land mit der zweithöchsten Bankenzahl), haben die fünf größten Institute einen deutlich höheren Anteil an der Gesamtbilanzsumme ihres jeweiligen Marktes. Gleichzeitig liegt deren Gewinn vor Steuern, gemessen an der durchschnittlichen Bilanzsumme, mit 0,86 Prozent einer BIZ-Untersuchung zufolge deutlich über dem Wert für die deutschen Großbanken (0,47 Prozent). An dieser Stelle gibt es allerdings ein hoffnungsvolles Zeichen: Deren Kennzahl ist seit 2004 um 0,34 Prozentpunkte gestiegen.

Währungen

Starker Kwanza – „arme Leut“

Wenn ein Land quasi in Öl badet und sich in Diamanten suhlt, das Volk aber arm wie die Kirchenmäuse vor sich hin vegetiert, dann könnte es einem vor Wut und Mitleid die Zornesröte ins Gesicht treiben. Das beschriebene Arm-Reich-Phänomen ist in Afrika leider keine Seltenheit: Angola macht hierbei keine Ausnahme, kann indessen mit einer besonders korrupten Führungselite „glänzen“. Nach Berechnungen des Internationalen Währungsfonds sollen allein zwischen 1997 und 2002 über vier Milliarden US-Dollar spurlos verschwunden sein.

Dabei herrscht Goldgräberstimmung – man muss einfach dabei sein. In der Tiefe des Meeres vor der angolanischen Küste harren schier unglaubliche Mengen von Öl und Gas der Förderung. Im 1. Quartal 2007 gingen täglich 450 000 Fass Öl allein nach China, das ist mehr, als Saudi-Arabien oder der Iran den Herrschern in Peking lieferte. Die internationalen Konzerne haben allein in den vergangenen knapp fünf Jahren 20 Milliarden US-Dollar investiert. Niemand weiß, in welchem Tempo dieser Rush künftig weitergeht. Die ausländischen Direktinvestitionen werden derzeit auf jährlich 1,7 Milliarden US-Dollar geschätzt, was nicht nur der Öl- und Gasexploration, sondern auch dem Bergbau und der Infrastruktur zugutekommt. Angola hat 2006 zudem für 900 Millionen US-Dollar Diamanten exportiert.

85 Prozent der Staatseinnahmen stammen aus dem Bereich Öl. Deswegen verwundert auch der Siegeslauf der heimischen Währung Kwanza wenig. Mussten noch Ende 2006 für einen US-Dollar 80,25 hingeblickt werden, so waren es heuer zur Jahresmitte noch 74,97 Kz. Bleiben die Öleinkünfte auf ihrem hohen Stand, dann sollte die Aufwertung wenig gebremst weitergehen. Der Durchschnitt dieses Jahres wird auf 76,4 Kz je US-Dollar geschätzt und der des kommenden Jahres auf 75,9 Kz. Wenig Druck auf die Zentralbank ist daher nötig, deren Politik des „starken Kwanzas“ aus Gründen des nationalen Stolzes aufrecht zu erhalten. Die Währungsreserven Angolas sind 2006 um 5,4 Milliarden auf 8,6 Milliarden US-Dollar noch oben geschneit – und bis Ende 2008 sollen es nicht weniger als 16,8 Milliarden US-Dollar werden.

Notabene China: Das Land vergibt im Gegenzug mehrere Milliarden US-Dollar erdölunterlegter Kredite, andere Staaten sind ebenfalls mit von der Partie. Eine eigene Ölraffinerie in Angola gilt es zu finanzieren, zumal da derzeit noch nicht einmal der heimische Bedarf an Ölprodukten gedeckt werden kann – ganz zu schweigen von den verheerenden Folgen des 30-jährigen Bürgerkriegs, der erst im April 2002 mit Ermordung des Unita-Führers Jonas Savimbi endete. Nun machen Millionen von Landminen weite Strecken des Landes unpassierbar – um nur das zu nennen. Die UN brandmarkt Angola als das „für Kinder schlimmste Land auf der Welt“.

Das tut aber der Kreditwürdigkeit Angolas keinen Abbruch – man blickt (moralisch) zur Seite. Nach Angaben der Nationalbank stammten Mitte 2006 rund 58 Prozent der neuen Schulden aus China, 19 Prozent aus Spanien beziehungsweise elf Prozent aus Israel. Die Gläubiger fühlen sich sicher: Die Schuldentrückzahlungen stiegen 2006 auf geschätzte 3,4 Milliarden US-Dollar, darin 2,3 Milliarden US-Dollar an Staaten des Pariser Clubs. 2007 dürften die Rückzahlungen 4,7 Milliarden US-Dollar ausmachen und im Jahr darauf immerhin 1,8 Milliarden US-Dollar. Das alles sind beruhigende Zahlen, denn der Höhepunkt sei laut Weltbank Ende 2005 mit 11,8 Milliarden US-Dollar erreicht gewesen.

Zahlen aus dem eigenen Land sind cum granu salis zu genießen. Vielfach ist die Verwaltung gar nicht in der Lage, brauchbare Statistiken abzuliefern. Und der IWF? Er lobt die wirtschaftliche Stärke des Landes, wenn auch mit mancherlei Wenn und Aber und dem Hinweis auf die unnatürlich hohe Abhängigkeit vom Ölsektor. Begrüßt wird das Interesse der Regierung an der Zusammenarbeit mit dem IWF bezüglich künftiger Strategien. Dann könnten auch wieder IWF-Berater in die Hauptstadt Luanda kommen. Ein neues Kapitel begägne.

OS.